



**Sicherheit**  
made **in**  
**Germany**



Bundesverband der Deutschen  
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.





**„Zeit für  
Veränderungen –  
Chancen erkennen und  
nutzen“**

# Inhalt

Grußwort des Präsidenten	5
Der BDSV – Heute	6
Kernthesen der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie	7
I. Einleitung	8
II. Rahmenbedingungen	9
1. Nationales Umfeld	9
2. Globale Märkte / Globaler Wettbewerb	10
3. Veränderte Situation aufgrund des Lissabon-Prozesses	10
III. Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungs- industrie – Herausforderungen und Perspektiven	11
1. Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie	11
2. Wettbewerbsfähigkeit	12
3. Forschung und Technologie	12
4. Innovative Ansätze für Beschaffung und Finanzierung	13
5. Export	14
6. Die Rolle des Mittelstands	16
7. Koordinierung durch die Bundesregierung	17
IV. Fazit	17

# Grußwort des Präsidenten

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte ich Ihnen den Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) e.V. vorstellen.

Gegründet im September 2009 als Interessenvertretung der Unternehmen aller Größenordnungen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie hat der Verband zum 1. Januar 2010 seine Arbeit auf nationaler und internationaler Ebene aufgenommen. Er hat sich zum Ziel gesetzt, die Bedeutung der Branche als Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor sowie den strategischen Beitrag zur politischen und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands bewusst zu machen. Dieser von uns vertretene Wirtschaftszweig nimmt mit seiner Forschungs- und Innovationsfähigkeit, Qualität und Zuverlässigkeit sowie ausgeprägter internationaler Kooperationsfähigkeit einen weltweiten Spitzenplatz ein und gibt auch branchenübergreifend entscheidende Impulse.

Gerade in Zeiten asymmetrischer Bedrohungen, großen außen- und sicherheitspolitischen Verpflichtungen und einem weltweiten Einsatz der Bundeswehr zur Friedenssicherung, Krisenvorsorge und Konfliktverhütung ist ein breiter Rückhalt in Politik, Administration genauso wie in der Öffentlichkeit besonders wichtig.

Als Präsident des BDSV würde ich mich deshalb sehr freuen, wenn Sie den Verband in seinen Zielsetzungen unterstützen und mit ihm in den Dialog über die Lösung der aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen eintreten.

Ihr



Friedrich Lürßen

## Der BDSV – Heute

Zum 1. Januar 2010 nahm der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV) mit Sitz in Berlin offiziell seine Arbeit auf. Der im September 2009 neu gegründete Verband, dem mittlerweile 26 namhafte Branchenunternehmen angehören, die ca. 33.000 Arbeitsplätze repräsentieren, hat sich zum Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit mit Entscheidungsträgern in Politik, Administration und der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im In- und Ausland zu intensivieren.

Der BDSV ist damit die Interessenvertretung der Unternehmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auf nationaler und internationaler Ebene. Er versteht sich als Ansprechpartner für Unternehmen aller Größenordnungen eines sich stark wandelnden Wirtschaftssektors. Mittelständische Unternehmen leisten dabei in vielen Bereichen sowohl eigenständig als auch als Partner der Systemhäuser wertvolle und unverzichtbare Beiträge. Die Branche nimmt mit ihrer Forschungs- und Innovationsfähigkeit, Qualität und Zuverlässigkeit sowie ausgeprägter internationaler Kooperationsfähigkeit einen weltweiten Spitzenplatz ein und gibt branchenübergreifend entscheidende Impulse. Der BDSV repräsentiert damit einen Industriesektor, der maßgeblich zu Sicherheit, Innovations- und Wirtschaftskraft sowie zur Beschäftigung in Deutschland beiträgt.

Die Bedeutung des BDSV erwächst aus der Stärke seiner Mitgliedsunternehmen und macht ihn auf allen Ebenen zu einem kompetenten und anerkannten Partner für Politik und Administration. Der BDSV arbeitet dabei mit anderen Verbänden und Interessenvertretungen zusammen. Der Verband dient als Plattform für seine Mitglieder und bündelt die Interessen der Branche gegenüber den Entscheidungsträgern in Politik und Administration sowie der Öffentlichkeit durch inhaltliche und kommunikative Kompetenz. Der BDSV unterstreicht damit den unverzichtbaren Beitrag der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für Frieden und Sicherheit.

# Kernthesen der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

## Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Die sicherheitspolitische Verantwortung Deutschlands in der Welt hat sich maßgebend verändert und ist damit auch gewachsen. Dazu gehört untrennbar auch die industrielle Kompetenz in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung in Deutschland im nationalen Zugriff. Für diesen Kompetenzerhalt ist eine entsprechende Finanzierung erforderlich.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie leistet einen strategischen Beitrag für die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit unseres Landes, der weit über seine quantifizierbare wirtschaftliche Bedeutung hinausreicht. Deshalb ist die industriepolitische Dimension in längerfristige Strukturüberlegungen einzubeziehen.

## Globale Wettbewerbsfähigkeit

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist insbesondere auch technologisch ein Innovationsmotor. Sie ist auf vielen Technologiefeldern weltweit führend und kann nur durch Erfolge in den Exportmärkten ihre technologischen Fähigkeiten für den erforderlichen nationalen Bedarf langfristig erhalten.

Angesichts der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den europäischen Mitgliedsstaaten ist beim Export Unterstützung durch die Politik und die Begleitung der Industrie durch die Amtsseite unverzichtbar.

## Europa

Die nachhaltig gesicherte deutsche Technologiekompetenz ist die Grundlage für den deutschen Beitrag in Bezug auf die Schaffung einer leistungsstarken und wettbewerbsfähigen europäischen Rüstungs- und Technologiebasis. Erforderlich ist ein auf Wettbewerb und Qualität der Produkte beruhender europäischer Rüstungsmarkt mit gleichen Rahmenbedingungen (Level Playing Field) für alle beteiligten Nationen.

## Forschung & Technologie

Die Forschung von heute entscheidet über den wirtschaftlichen und technologischen Erfolg von morgen. Forschung und Entwicklung sind deshalb das Fundament der technologischen Spitzenstellung Deutschlands und des Erfolges auf dem Weltmarkt.

Mit ihren Produkten basierend auf Hochtechnologien und einem großen Aufwand bei Forschung und Entwicklung trägt die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie direkt zur Auftragsbefriedigung der deutschen Sicherheitskräfte im Einsatz und zum Schutz der Bevölkerung bei.

## **Beschaffung**

Effiziente Beschaffungsvorgänge sind durch Abbau von bürokratischen Hemmnissen sicherzustellen. Dazu gehört neben einer weitaus engeren Zusammenarbeit zwischen Amtsseite und Industrie auch die Optimierung der Prozesse und Abläufe selbst. Wechselseitiger, auch personeller Austausch zwischen Industrie und Amtsseite ist erforderlich; eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Industrie, den Streitkräften und den Beschaffungsbehörden ist notwendig.

## **Mittelstand**

Der deutsche Mittelstand ist mit mehr als der Hälfte an der Wertschöpfung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie beteiligt und damit eine unverzichtbare Säule der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

## **Koordination durch die Bundesregierung**

Die Einbindung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist unverzichtbar für eine glaubwürdige und durchsetzungsfähige deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Hierzu bedarf es einer zentralen Koordination aller beteiligten Ressorts und der Industrie durch die Bundesregierung. Die Industrie ist bereit, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen.

# **I. Einleitung**

Wesentliche Instrumente jeder deutschen Sicherheitspolitik sind die Bundeswehr, sowie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Ihre Leistungsfähigkeit ist unverzichtbar für den Schutz Deutschlands und seiner Bürger ebenso wie für erfolgreiche internationale Krisenvorsorge und Konfliktbewältigung. Für diesen Auftrag braucht die Bundeswehr, wie auch z.B. die Polizei, die bestmögliche Ausrüstung.

Der Systemcharakter der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI), komplettiert mit einem starken Mittelstand, ist dabei von strategischer Bedeutung und in seiner Aufstellung und Qualität ein kompetitiver Vorteil Deutschlands in Europa wie auch weltweit. Die Bedeutung der SVI für hochqualifizierte Arbeitsplätze und Spitzentechnologien ist unstrittig. Eine leistungsfähige SVI hat eine besonders hohe sicherheitspolitische Bedeutung und



ist conditio sine qua non im Hinblick auf eine essentielle Unabhängigkeit nationalen staatlichen Handelns.

## II. Rahmenbedingungen

### 1. Nationales Umfeld

Die künftige Struktur der Bundeswehr muss durch die Definition der sicherheitspolitischen Erfordernisse unseres Landes und damit der strategischen Zielvorstellungen sowie der daraus abzuleitenden Aufgaben für die Streitkräfte bestimmt sein.

Umso wichtiger ist es, dass die vom Bundesminister der Verteidigung selbst erhobene Forderung erfüllt wird, die Gesellschaft müsse „... Kenntnis erlangen, dass besondere Belastungen und Probleme, gerade auch in der Folge von Auslandseinsätzen auftreten können: Belastungen und Probleme, auf die nicht nur die Bundeswehr, auf die unsere Gesellschaft insgesamt eine Antwort finden muss. Der Diskurs hierüber fehlt bislang.“

Die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch einmal stark gewachsene Belastung der staatlichen Haushalte stellt nicht nur Deutschland vor große finanzielle Herausforderungen. Mit Blick auf die „Schuldenbremse“ muss auch der Verteidigungshaushalt einen Beitrag zur Konsolidierung der Öffentlichen Haushalte leisten. Diese Entwicklung wird von der Wirtschaft befürwortet und unterstützt.

Allerdings ist einem Ansatz entgegen zu wirken, bei dem sich die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr nicht mehr an den sicherheitspolitischen Erfordernissen spiegelt und somit neben den Interessen unseres Landes u.a. auch die Technologiekompetenz in Deutschland gefährdet sein könnte.

Über dringend notwendige, zukünftige und strategische Überlegungen zu unseren nationalen deutschen Interessen, sowie den zukünftigen sicherheitspolitischen Vorgaben und den damit verbundenen Fähigkeiten einer modernen Armee im Einsatz, erwarten wir einen von der Politik in Gang gesetzten, breiten gesellschaftlichen Dialog.

Grundsätzlich stehen die Industrie und die Unternehmen des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bereit, sich in den erforderlichen Dialog einzubringen. Dies gilt insbesondere für Fragen von Beschaffung, Beschaffungsprozessen, Finanzierung und Outsourcing sowie Antworten auf die vom Bundesminister der Verteidigung formulierten Ziele, Rüstungs-/Ausrüstungsplanung und Haushaltsplanung aufeinander abzustimmen und Kostentransparenz zu erreichen.

## **2. Globale Märkte / Globaler Wettbewerb**

Die in allen europäischen Ländern infolge der Wirtschaftskrise anstehenden Kürzungen der Verteidigungshaushalte sowie der daraus erwachsende Zwang zu Einsparungen im Betrieb wie im Investitionsbereich werden in den kommenden Jahren den Ausbau militärischer Fähigkeiten sowie eine Modernisierung der Ausrüstung stark belasten. Der Schwerpunkt der Investitionen wird sich europaweit auf Nachbeschaffung und Erhaltung bereits vorhandenen Materials verschieben, dies auch –von Staat zu Staat unterschiedlich- verbunden mit dem Ziel, neben nationalen Fähigkeiten auch Industriestrukturen zu erhalten. Um neben den Investitionskosten auch die Betriebskosten der Streitkräfte zu senken, werden zudem Unterstützungsprozesse wie Wartung und Materialerhaltung zunehmend an die Industrie ausgelagert, wobei auch hier bevorzugt nationale Anbieter zum Zuge kommen werden. Zusätzlich werden international Instrumente der Marktregulierung, wie Subventionen oder Offsets zur Sicherung der eigenen Versorgungssicherheit eingesetzt.

Der Weg hin zu einem auf Wettbewerb und Qualität der Produkte beruhendem europäischen Rüstungsmarkt mit gleichen Rahmenbedingungen (Level Playing Field) für alle beteiligten Nationen wird gewiss nicht einfacher, auch wenn die Anwendung der europäischen Vergaberichtlinie streng überwacht und Subventionierung unterbunden werden sollen.

So konserviert ein zunehmender Protektionismus die noch weitgehend national geprägten Strukturen in der wehrtechnischen Industrie und zwar in allen Bereichen (Luft, Land und See). Die durch Umsatzrückgänge erzwungene kostenorientierte Restrukturierung der industriellen Wertschöpfungskette fördert jedoch den Konsolidierungsprozess innerhalb dieser nationalen Strukturen. So entstehen auf europäischer Ebene "Nationale Champions", welche jeweils über ein breites Leistungsspektrum über alle Bereiche hinweg verfügen.

In Großbritannien und Italien existieren bereits solche „Nationalen Champions“, in Frankreich ist das bislang nicht der Fall, obwohl die französische Regierung seit längerem dieses Ziel verfolgt. Wie auch immer eine solche Restrukturierung für Deutschland aussehen könnte, müssen dabei die deutschen Rahmenbedingungen einer privatwirtschaftlich organisierten Industrie und eines leistungsfähigen Mittelstands besondere Berücksichtigung finden.

## **3. Veränderte Situation aufgrund des Lissabon-Prozesses**

Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Lissabon-Vertrag stärkt die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) rechtlich wie institutionell und beinhaltet eine Reihe von Neuerungen und Veränderungen, die das Umfeld der deutschen SVI mittel- bis langfristig stark beeinflussen werden.

Mit dem Lissabon-Vertrag erhält die Europäische Verteidigungsagentur (European Defence Agency / EDA) quasi Verfassungscharakter. Der Vertrag sieht die Agentur als die Instanz vor, die den operativen Bedarf der Streitkräfte ermittelt. Sie soll an der Einführung kompatibler Beschaffungsverfahren mit-

wirken und es besteht sogar die Möglichkeit, das Management großer, multinationaler Beschaffungsprogramme an die EU zu übertragen.

Auch die EU-Kommission hat mit dem Lissabon-Vertrag eine Rechtsgrundlage, sich intensiver mit dem Thema „Sicherheit und Verteidigung“ zu befassen. Da auf dieser Ebene überwiegend Systemfähigkeiten definiert werden, fördert dieses Umfeld vorrangig die Stärkung der Systemhäuser.

Auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsmarkt muss die deutsche SVI die Entwicklungen in Brüssel weiterhin aufmerksam verfolgen, auch um gegebenenfalls den Übergang von Programmen, z.B. zur EDA, aktiv begleiten zu können. Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) können über den BDSV die Entwicklungen in Brüssel verfolgen und von den Kenntnissen der Systemhäuser profitieren.

Ein infolge des Lissabon-Vertrages zusammenrückendes Europa, kann im Rahmen des transatlantischen Dialoges mit den USA eine, einheitlichere und damit stärkere Position einnehmen.

Es bleibt jedoch abzuwarten, ob und in welchem Umfang die Mitgliedsstaaten und die Institutionen, die sich eröffnenden Möglichkeiten wirklich nutzen wollen.

### **III. Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie – Herausforderungen und Perspektiven**

#### **1. Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie**

Das Marktumfeld der deutschen SVI beschränkt sich nicht mehr ausschließlich auf eine rein wehrtechnische Dimension. Ein erweitertes und ganzheitliches Sicherheitsverständnis erfordert heute angepasste unternehmerische Aktivitäten.

Hierzu gehört u.a. das Einbeziehen von Dual-Use-Technologien genauso wie die Interaktion mit verschiedenen Sicherheitsbehörden, die einen unterschiedlichen Anspruch an technische Befähigungen stellen. Das Kundenumfeld wird somit komplexer und technische Lösungen müssen diesem Anspruch gerecht werden. So können Themen wie z. B. Aufklärung, Grenzüberwachung und sichere Kommunikation durchaus in einem militärischen Kontext verstanden werden, aber auch in Bezug auf die Innere Sicherheit oder mit Blick auf Polizeikräfte im gemeinsamen Einsatz mit Streitkräften im Ausland.

Die deutsche SVI hat eine strategische Dimension für unser Land. Sie nimmt international eine technologische Spitzenstellung ein. Mit rund 16 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr, einem Exportanteil von ca. 70 Prozent und über 80.000

zumeist hochqualifizierten Beschäftigten ist sie auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Zugleich kommt ihr damit ein politischer Stellenwert als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik zu.

## **2. Wettbewerbsfähigkeit**

Trotz der zunehmenden europäischen Rüstungskooperation und Industriekonsolidierung wird kein EU-Staat einseitig auf Fähigkeiten seiner eigenen SVI verzichten wollen.

Diese Industriepolitik schafft unterschiedliche Marktzugangsmöglichkeiten in Europa. Umso mehr kommt es darauf an, auch mit politischer Unterstützung bestehende Wettbewerbsverzerrungen und ungünstige politische Rahmenbedingungen für die deutsche Industrie abzubauen.

So müssen sich Politik und Industrie, auch über das Inkrafttreten des Defence Package mit der Vergaberichtlinie und der Transferrichtlinie im August 2011 hinaus, für ein „Level Playing Field“ innerhalb der EU einsetzen. Es gilt darauf zu drängen, dass konkurrierende ausländische Unternehmen der SVI nicht wettbewerbsverzerrend subventioniert werden. Weitere Ungleichgewichte entstehen durch die Forderung von Kompensationsgeschäften (Offsets), sowie durch das Auftreten ganz oder teilweise in Staatsbesitz befindlicher Rüstungsunternehmen am Markt.

Auch wird in vielen europäischen Nachbarländern unter Verweis auf Art. 346 AEUV (ehemals Art. 296 EGV) teilweise gezielt der internationale Wettbewerb ausgeschlossen und die eigene, oft im Staatsbesitz befindliche, nationale wehrtechnische Industrie bevorzugt.

Darüber hinaus ist zur Verbesserung eines international wettbewerbsfähigen europäischen Rüstungsmarktes eine europäische Initiative mit dem Ziel, uneingeschränkter Gegenseitigkeit bei der Marktöffnung im transatlantischen Verhältnis zu den USA erforderlich. So kann zum Abbau von Hemmnissen, die einer Öffnung des US-Rüstungsmarktes und Teilen des Weltmarktes für europäische Unternehmen entgegenstehen, beigetragen werden.

## **3. Forschung und Technologie**

Zukunftstechnologien sichern Deutschlands Teilhabe an großen Zukunftschancen, Beschäftigung und Ressourcen schonendem Wohlstand.

Gemäß der „F&T-Strategie“ des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) steht „...die wehrtechnische F&T am Beginn der Wertschöpfungskette, an deren Ende die Bundeswehr im Einsatz zur richtigen Zeit und am richtigen Ort die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung haben muss“.

Daher sind nationale Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auf den für die Bundeswehr wichtigen Ausrüstungsgebieten zu erhalten. Dazu sind diejenigen national bedeutsamen wehrtechnischen Systeme, Subsysteme und

Schlüsseltechnologien zu identifizieren und als Exzellenzbereiche zu entwickeln, bei denen deutsche wehrtechnische Unternehmen und Einrichtungen über eine herausragende System- oder Technologiekompetenz verfügen.

Umso mehr kommt es darauf an, die Forschungs- und Entwicklungsetats mindestens auf gleichem Niveau mit Ausgleich der Inflationsrate zu stabilisieren. Nur dann kann es gelingen, die technologischen Fähigkeiten und den strategischen Beitrag für die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit unseres Landes zu erhalten.

Die deutsche SVI mit ihrer technischen Leistungsfähigkeit bietet eine Produktvielfalt und Qualität, die eine Abkehr von deutschen Herstellern nicht sinnvoll erscheinen lässt. Befürworter von Kauflösungen im Ausland lassen bei ihren finanziellen Erwägungen, längerfristige Aspekte wie Betriebskosten, Einflussnahme auf den Hersteller und Versorgungssicherheit außer Acht. Darüber hinaus werden hochwertige und innovative Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet und industrielle Wertschöpfung ins Ausland transferiert.

Forschung von heute entscheidet über den wirtschaftlichen und technologischen Erfolg von morgen. Forschung und Entwicklung sind das Fundament Deutschlands technologischer Spitzenstellung und des Erfolges auf dem europäischen- und Weltmarkt. Mit ihrer Forschung trägt die deutsche SVI zum wirtschaftlichen Wachstum bei und sichert damit jetzt und zukünftig Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.

#### **4. Innovative Ansätze für Beschaffung und Finanzierung**

Um den Herausforderungen bedingt durch die Begrenzung der Haushaltsmittel einerseits und den weltweiten Einsatzanforderungen der Bundeswehr andererseits gerecht zu werden, bedarf es innovativer Ansätze sowohl bezüglich der Beschaffung als auch der zukünftigen Finanzierung der Ausstattung der Bundeswehr. Dabei müssen folgende Forderungen in Einklang gebracht werden:

- bestmögliche für den Einsatz optimierte Ausrüstung der Streitkräfte,
- Reduzierung der Belastung der Haushalte in Verbindung mit einem möglichst kurzen Zeitraum zwischen Definition einer Fähigkeitslücke und Auslieferung des entsprechenden Materials.

Nur die permanente, intensive Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und der Ausrüstungsindustrie über den gesamten Lebenszyklus hinweg, stellt bestmöglichen Informationsfluss und schnellstmögliche Reaktion auf gemachte Erfahrungen sicher. Dazu gehört auch eine bessere personelle Durchlässigkeit zwischen Bundeswehr, Administration und Industrie.

Um den Beschaffungsvorgang zu verkürzen, müssen Vorschriften und Bestimmungen kritisch auf ihre Auswirkungen geprüft und wenn nötig angepasst werden.

Dazu gehört – neben einer weitaus engeren Zusammenarbeit zwischen Bedarfsträger, Industrie und Bedarfsdecker – auch die Optimierung der Prozesse und Abläufe selbst:

- Klare Benennung der Verantwortlichkeiten und Prüfung der Auslegung bzw. Handhabung von Art. 87 a/b GG.
- Flexibilisierung und Beschleunigung der Beschaffungsprozesse.
- Überprüfung der Bundeshaushaltsordnung hinsichtlich der Flexibilisierung vorhandener Regelungen und der Anwendung alternativer Finanzierungsmodelle.
- Überprüfung der Verfahren zum Nachweis von Qualifikationen und Zulassungen von Material ohne Preisgabe von Sicherheitsstandards.
- Einführung eines Forderungscontrollings auf Seiten des öffentlichen Auftraggebers.
- Ausbau kooperativer Modelle zwischen Bundeswehr und Industrie sowie Weiterentwicklung langfristiger Partnerschaften in der Systembetreuung.
- Harmonisierung – zeitlich, finanziell und organisatorisch - von Haushaltsvorgaben mit Finanzplan, Bundeswehrplanung und Ausrüstungsbedarf der Streitkräfte.
- Einbeziehung der Industrieexpertise bei den Arbeiten zur Überprüfung der nationalen Zielvorgaben („Level of Ambition“).

Nicht hoheitliche Aufgaben können vermehrt durch die Industrie wahrgenommen werden. Dies gilt besonders für die Bereiche Ausbildung, Betrieb, Wartung und Instandsetzung.

Die Neuorientierung in der inhaltlichen Form der Zusammenarbeit erfordert auch neue rechtliche Formen der Zusammenarbeit. Dafür stellen Kooperative Modelle eine gute Basis dar.

Auch bei der Finanzierung muss gemeinsam über neue Wege nachgedacht werden. Möglichkeiten dafür sind z. B. Leasingmodelle, Finanzierungsmodelle, Beschaffungen mit einer auf die Einsatznotwendigkeiten begrenzten Ausstattung sowie Beschaffungen mit dem Ziel des Weiterverkaufs nach begrenzter Einsatzdauer. Solche Ansätze und deren Kombinationen können dazu beitragen, Kosten zu reduzieren.

## **5. Export**

Die deutschen SVI ist zu etwa 70% exportabhängig. Der vorhandene nationale Bedarf von Bundeswehr sowie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben reicht für Auslastung und Technologieerhalt in den Unternehmen bei weitem nicht aus.

Auf dem Exportmarkt steht die deutsche SVI in intensivem Wettbewerb mit Anbietern aus Europa, den USA, Russland und weiteren Staaten, die für ihre Exportaktivitäten massive politische und wirtschaftliche Unterstützung ihrer jeweiligen Regierung erhalten. International wird Rüstungsexportpolitik

wesentlich stärker als in Deutschland im Verbund eigener außen- und sicherheitspolitischer sowie wirtschaftlicher Interessen gesehen. So besitzen einige Staaten eigene Organisationen zur Exportunterstützung.

Im Rahmen einer verantwortungsbewussten Rüstungsexportpolitik, die auch aus Sicht der Industrie dem Grundsatz der Einzelfallprüfung weiterhin folgen sollte, ist es für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen SVI von entscheidender Bedeutung, Exportunterstützung durch die Bundesregierung zu erhalten. Dabei ist die besondere Bedeutung des nationalen Kunden als Referenz zu beachten. Hierzu trägt ein ressortübergreifender Ansatz mit strategischen Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsposition der deutschen SVI sinnvoll bei.

Neben dem Ausbau der schon heute guten und engen Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der Industrie zur Vermarktung deutscher Produkte im Ausland, z.B. im Rahmen von Messen und Ausstellungen, sollte dieser Ansatz folgende Aspekte berücksichtigen:

- Strategische und ressortübergreifende Positionierung der deutschen SVI im Rahmen der deutschen Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik.
- Einrichtung eines ressortübergreifenden Organisationselements innerhalb der Bundesregierung für Rüstungsexportunterstützung, um regierungsinterne Abstimmungsprozesse zu beschleunigen.
- Erleichterung und Beschleunigung des Exportmarktzugangs durch unterstützende internationale Regierungsabkommen. Die deutsche SVI ist bereit, gemeinsam mit der Bundesregierung ein „Standard-Vertragswerk für Regierungsabkommen“ zu entwerfen, in dem im Außenverhältnis der Verkauf von Rüstungsgütern von der Bundesrepublik Deutschland an den Kunden geregelt wird und im Innenverhältnis die Bundesrepublik Deutschland von der Industrie „schadlos gestellt“ wird.
- Einrichtung einer institutionalisierten Ausbildungsunterstützung der Bundeswehr für Exportkunden.

Die Kundenländer wollen in der Regel nicht nur Plattformen und Systeme aus Deutschland erwerben, sondern erwarten – neben der generellen Unterstützung durch die Bundesregierung – die Ausbildung ihres Personals in technisch/taktischer sowie operativer Hinsicht durch die und mit der Bundeswehr als Partner. Die Exportkunden sind auch bereit, dafür zu bezahlen.

- Günstige, staatlich garantierte Finanzierungsbedingungen für Exportgeschäfte.
- Beschleunigung der Exportgenehmigungsverfahren nach Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) / Außenwirtschaftsgesetz (AWG), um im internationalen Wettbewerb schneller reagieren zu können; zum einen für die temporäre Verbringung von Rüstungsgütern, z.B. für Messen oder Erprobungen, zum anderen für im Rahmen von potenziellen Aufträgen gestellte Voranfragen zur Exportgenehmigung.

## 6. Die Rolle des Mittelstands

Mittelständische Unternehmen leisten in vielen Bereichen sowohl eigenständig als auch als Partner der Systemhäuser wertvolle und unverzichtbare Beiträge, u.a. durch Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit, Flexibilität, Effizienz und verlässliche Leistungserbringung. Eigenhändig agierend oder im Verbund mit den wenigen verbliebenen Systemhäusern in Deutschland hat die mittelständisch geprägte Subsystem- und Ausrüstungsindustrie eine robuste, leistungsfähige Entwicklungs-, Herstellungs- und Versorgungskette aufrechterhalten, mit Produkten, die in vielen Bereichen weltweit führend sind. Diese Leistungskette droht jedoch nun angesichts der bevorstehenden drastischen Kürzungen der Bundeswehr bei Personal und Material zu zerreißen.

Schlüssel zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Mittelstands ist, faire Rahmenbedingungen für leistungsfähige, innovative und international erfolgreiche Unternehmen zu schaffen. Deshalb muss die Politik konsequent auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit aller auf den inländischen Markt konzentrierten bzw. international tätigen Unternehmen ausgerichtet sein. Mit Blick auf die Zielvorstellung einer fairen, offenen Beteiligung aller deutschen Unternehmen muss neben dem Wettbewerb bei öffentlichen Vergaben auch und vor allem die Einbindung von kleineren und größeren mittelständischen Unternehmen – bei größeren Vorhaben auch als Unterauftragnehmer und Zulieferer für die Systemhäuser –, bereits im Rahmen einer Ausschreibung oder einer freihändigen Vergabe, verbessert werden.

Auch sollten schon bei der Auftragsvergabe die Systemhäuser angehalten werden, essentielle Vertragsregelungen wie etwa Währung, Gewährleistung und Milestone Payments zugunsten des Hauptauftragnehmers an die Unterauftragnehmer weiter zu geben. Darüber hinaus sollten nunmehr zeitnah die Rahmenbedingungen auf dem internationalen „Level Playing Field“ harmonisiert werden (Offset, Exportförderung und -handhabung, Staatsbeteiligung), um den erfolgreichen deutschen Systemfirmen und Mittelständlern auch auf ausländischen Märkten bessere Erfolgchancen zu eröffnen und somit die einzigartige Leistungskette aus System-, Subsystem- und Ausrüstungsfirmen in Deutschland auch dort nachhaltig zum Erfolg zu bringen. Systemhäuser und Mittelständler fungieren schon heute als wechselseitige Marktöffner – sie sind strategische Partner auf dem Heimatmarkt und erst recht auf den Exportmärkten.

Eine strikte und quantitative zu klein gefasste KMU-Definition auf der Basis von Mitarbeiterzahl und Umsatz berücksichtigt nicht die spezifischen Erfordernisse im Umfeld der deutschen Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie. Eine flexiblere Anwendung der KMU-Definition oder eine deutliche Anhebung der heutigen quantitativen Kriterien „Mitarbeiterzahl und Umsatz“ für diese Branche ist daher seit langem überfällig.



## 7. Koordinierung durch die Bundesregierung

Das Grundgesetz verlangt, Recht und Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlfahrt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu bewahren, sie vor Gefährdungen zu schützen und die Souveränität und Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes zu sichern. Der „erweiterte Sicherheitsbegriff“ und eine zunehmend „Vernetzte Sicherheit“ machen deutlich, dass Sicherheit heute nur noch ressortübergreifend zu haben ist und somit einer besonderen Koordinierung bedarf.

Angesichts der massiven politischen und wirtschaftlichen Unterstützung internationaler Wettbewerber auf dem Exportmarkt durch ihre jeweiligen Regierungen, ist eine stärkere politische Unterstützung der deutschen SVI durch die Bundesregierung unverzichtbar. International wird Rüstungsexportpolitik wesentlich stärker als in Deutschland im Verbund eigener außen- und sicherheitspolitischer sowie wirtschaftlicher Interessen gesehen. Dem muss die Bundesregierung Rechnung tragen.

Die dabei zu betrachtenden Felder umfassen u.a. die EU-Gesetzgebung, F&T und Export sowie einen institutionalisierten personellen Austausch zwischen Administration und Industrie.

Die Einbindung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist unverzichtbar für eine glaubwürdige und durchsetzungsfähige deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Hierzu bedarf es einer zentralen Koordination aller beteiligten Ressorts und der Industrie durch die Bundesregierung. Die Industrie ist bereit, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen.

## IV. Fazit

Die heutige Situation der SVI ist gekennzeichnet durch eine trügerische Sicherheit noch vorhandener Auftragsbestände. Dieses Bild wird sich durch anstehende gravierende Veränderungen in der Bundeswehr, Anforderungen an die Einsätze der Bundeswehr im Ausland und Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit den geplanten Haushaltskürzungen verändern.

Zukünftig wird es, von wenigen Ländern abgesehen, kein Wachstum der Verteidigungsmärkte geben, in Europa sind Einsparungen in den Haushalten bereits absehbar. Die Auswirkungen der Krise sind für die SVI erst noch zu meistern.

Die SVI hat in vielen Ländern einen politisch-strategischen Stellenwert, der über die reine wirtschaftliche Bedeutung deutlich hinausgeht. Die Märkte für diese Industrie sind weitestgehend politisch definiert, es sind keine freien Märkte.

Der Exportanteil der deutschen SVI beträgt ca. 70% und basiert wesentlich auf Produkten aus nationaler Entwicklung oder Kooperationen mit nationaler Beteiligung. Kauflösungen ohne nationale Beteiligung können für die deutsche Industrie zu irreversiblen Verlust an Kompetenz und Konkurrenzfähigkeit führen. Sie werden für den Referenzkunden Bundeswehr bzw. Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, insgesamt aber für den öffentlichen Haushalt, nicht zwingend kostengünstiger.

Dabei muss der Politik und der Administration bewusst sein, dass einmal aufgegebene industrielle Fähigkeiten und Kapazitäten – wenn überhaupt – nur langfristig und kostenintensiv wiederhergestellt werden können.

Daher ist ein deutliches Bekenntnis sowohl der Wirtschaft als auch der Politik zu der deutschen SVI Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft in einem globalen Verdrängungswettbewerb. In dem strategischen Dialog zwischen Politik, Administration und SVI müssen die in den Kernthesen des BDSV abgebildeten Ziele einfließen. Dies geschieht u.a. durch:

- Entwicklung einer gemeinsamen Strategie über den nationalen Kompetenzerhalt
- Zusammenführung der industriellen Felder Sicherheit und Verteidigung
- Stärkung des Zusammenwirkens von Systemhäusern und KMU
- Intensivere gemeinsame Nutzung von Kompetenzen von Administration und Industrie
- Optimierung der bestehenden Beschaffungsverfahren und der Beschaffungen für den Einsatz
- Abgestimmtes Handeln in Europa, (z.B. Lissabon Vertrag, Defence Package, „Level Playing Field“)
- Aktive Gestaltung der Exportförderung durch Politik und Administration

Der strategische Dialog zwischen Politik, Administration und Industrie ist eine absolute Notwendigkeit – der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bietet hierfür das breite Kompetenzspektrum seiner Unternehmen.





Bundesverband der Deutschen  
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.